

Herr/Frau Präsident/in,

liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Philippe Busquin, Forschungskommissar der Europäischen Union (EU) hat recht, wenn er fordert, daß die Forschungs- und Wissenschaftspolitik in allen EU-Staaten zur politischen Priorität wird. Und er stellt weiter fest: In Deutschland und Großbritannien ist dies in den letzten beiden Jahren deutlich zu beobachten. Recht hat er, der Forschungskommissar, denn die Bildungs- und Forschungspolitik hat unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und der zuständigen Ministerin Edelgard Bulmahn wieder den Stellenwert erhalten, der ihr zusteht.

Und damit die Bilanz Europas zu den Vereinigten Staaten und Japan verbessert wird, bedarf es weiterer Anstrengungen der EU-Mitgliedsstaaten. Das sechste Forschungsrahmenprogramm sieht deshalb für den Zeitraum 2002 bis 2006 17,5 Milliarden Euro vor.

Festzuhalten ist, daß der Forschungsministerrat am 26. Juni 2001 ein Erfolg für die Mitgliedsstaaten war. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt ausdrücklich die von der Bundesregierung vorgenommene Schwerpunktsetzung, die von Staatssekretär Catenhusen vorgetragene sieben Punkte sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Wegen der Kürze der Zeit möchte ich zu folgendem Stellung nehmen:

1. Mobilität und Verkehr;
2. Fusionsforschung;
3. Zusammenführung nuklearer/nicht nuklearer Teil;
4. Raumfahrt und
5. sozioökonomische Begleitforschung.

Insbesondere den Fragen von Mobilität und Verkehr wird eine Schlüsselrolle für die zukünftige Entwicklung der EU zukommen. Vorrangiger Handlungsbedarf für die Integration des (erweiterten) Europa hat deshalb die Verknüpfung der Verkehrsträger und nationalen Systeme zu einem integrierten nachhaltigen Verkehrssystem höchster Effizienz. Dabei mißt die SPD-Fraktion der Nachhaltigkeit des Verkehrs eine große Bedeutung zu. Deshalb setzt sie sich ein für:

- Forschung und Entwicklung zur Minderung von Energieverbrauch und Schadstoffausstoß einschließlich der Nutzung alternativer Energien im Sinne der Erfüllung des Kyoto-Protokolls;
- Reduktion von Lärm und Erschütterungen;

- Sicherheit im Verkehr;
- neue Materialien, Leichtbau und Ultraleichtbau einschließlich Strategien für umweltgerechte Entsorgungskonzepte bei allen Verkehrsmitteln;
- Nanotechnologien und Mechatronik und
- Verkehrsnachfrage und Verkehrsbeeinflussung und sozio-ökonomische Fragestellungen.

Zur Fusionsforschung möchte ich die Ausführungen des Staatssekretärs noch einmal bestätigen: Die Budgetabsenkung im jetzigen Kommissionsvorschlag und die damit verbundene Konzentration auf ITER darf nicht dazu führen, daß die Finanzierung erfolgversprechender Forschungsarbeiten wie des Wendelstein 7 X reduziert wird. Wir wissen auch, daß der Verhandlungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist. Ich bin davon überzeugt, daß die Kontinuität aller erfolgversprechender Optionen der Fusionsforschung gewährleistet bleiben muß.

Der Vorschlag der Kommission zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums ist zweigeteilt, weil nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft nur der Rat über das Forschungsprogramm zu befinden hat und keine Beteiligung des Europäischen Parlaments vorgesehen ist, während über den nicht-nuklearen Teil des Rahmenprogramms sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat beschließen müssen. Nach EAGV (Art. 7) gilt Einstimmigkeit, während nach EG-Vertrag das Mehrheitsprinzip und Mitentscheidungsverfahren auf den nicht-nuklearen Teil des Programms angewendet werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, bei zukünftigen Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß dieses zusammengeführt wird.

Wir freuen uns, daß im Bereich Raumfahrt die Vernetzung mit der ESA weitergeführt und die Umsetzung der beschlossenen gemeinsamen europäischen Raumfahrtstrategie auf dem nächsten Ministerrat thematisiert wird. Auch wir halten, wie die Ministerin, GMES (Initiative für "Global Monitoring for Environment and Security") für ein zentrales Element der gemeinsamen europäischen Weltraumstrategie. Eine zügige Umsetzung und Fortentwicklung ist von großer Bedeutung.

Angesichts der rasanten Fortschritte auf dem Gebieten der Biotechnologie und der Informations- und Kommunikationstechnologien muß der sozioökonomischen Begleitforschung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Für Forschungen im Bereich Ethik und für den öffentlichen Diskurs zu den ethischen Fragen vor allem der Biomedizin sollten ausreichend Mittel in das Programm eingestellt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist die Verwirklichung des Europäischen Forschungsraumes notwendiger und dringlicher denn je. Er ist die zentrale Komponente beim unionsweiten Aufbau der Wissensgesellschaft im Hinblick auf die Förderung von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und des sozialen Zusammenhalts. Dabei geht es nicht allein darum, die wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Koordinierung der Forschung zu fördern, sondern auch den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen sämtlichen Beteiligten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft sowie den Verbrauchern voranzutreiben.

Besonders erfreulich ist es, daß sich in den letzten Jahren ein breiter Konsens auf den europäischen Räten herausgebildet hat.

Mit ihrem Antrag möchte die SPD-Bundestagsfraktion die bislang erfolgreichen Verhandlungen der Bundesregierung unterstützen und unseren Beitrag für einen erfolgreichen Abschluß des 6. Forschungsrahmenprogramms leisten.